

Zusammenfassende Erklärung

gem. § 11 Abs. 2 und 3 ROG, § 6 Abs. 5 BauGB

RFNP-Änderung 11a MH Kölner Straße / Erzweg

1	Einleitung	2
2	Anlass und Erfordernis der RFNP-Änderung	2
3	Verfahrensablauf	3
3.1	Verfahren	3
3.2	Benehmen/Einvernehmen mit dem RVR	3
3.3	Umgang mit den Stellungnahmen	3
4	Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und der Planungsalternativen	4
4.1	Umweltbelange	4
4.2	Alternativenprüfung	5
5	Monitoring	5

1 Einleitung

Ausgehend von den europäischen Rechtsanforderungen der Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme ist Regional- und Bauleitplänen eine Zusammenfassende Erklärung beizufügen, die nach abschließender Beschlussfassung, Genehmigung und Bekanntgabe des Planwerks zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten ist.

Für den Regionalen Flächennutzungsplan in seiner Doppelfunktion als Regionalplan und gemeinsamer Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr werden diese Anforderungen im Baugesetzbuch und Raumordnungsgesetz konkretisiert.

Danach sind in der Zusammenfassenden Erklärung folgende Inhalte zu behandeln:

- wie Umwelterwägungen in den Plan einbezogen wurden bzw. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und des Umweltberichts,
- wie die Stellungnahmen und Einwendungen bzw. die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung berücksichtigt wurden,
- aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, und
- welche Überwachungsmaßnahmen der Auswirkungen auf die Umwelt (Monitoring) vorgesehen sind.

2 Anlass und Erfordernis der RFNP-Änderung

Der dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zur Genehmigung vorgelegte, von den Räten der Städte der Planungsgemeinschaft beschlossene Regionale Flächennutzungsplan sah im südlichen Mülheimer Stadtgebiet, im Bereich Kölner Str. / Erzweg, die Ausweitung eines ca. 10 ha großen, gewerblich geprägten Standortes auf rd. 25 ha gewerbliche Baufläche (ASB) vor. Der RFNP hatte hier ein Ziel des Flächennutzungsplans der Stadt Mülheim an der Ruhr aufgegriffen, das von der Bezirksregierung Düsseldorf 2005 nicht genehmigt und somit nicht wirksam geworden war. Die Gründe für die (erneute) Gewerbeflächenausweitung wurden im Rahmen der Wertung der Eingaben und Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung ausführlich dargelegt. Dabei wurde auch deutlich gemacht, dass die Neuinanspruchnahme von Freiraum durch Rücknahme von GEP-Bauflächenpotenzialen in anderen Stadtbereichen mehr als kompensiert worden wäre.

Der RFNP-Genehmigungserlass des MWME vom 18. November 2009 klammert unter Ziffer I.1.2-3 die gewerbliche Baufläche (Allgemeiner Siedlungsbereich - ASB) im Bereich Kölner Str. / Erzweg von der Genehmigung aus, bis zur Vorlage einer geänderten Darstellung, die den bestehenden Nutzungen entspricht.

Die Räte der Städte der Planungsgemeinschaft sind den Maßgaben, Versagungen, Ausklammerungen und Hinweisen des Genehmigungserlasses beigetreten. Der am 03.05.2010 wirksam gewordene Regionale Flächennutzungsplan enthält für die ausgeklammerte Fläche Kölner Str./Erzweg also keine Darstellungen und Festlegungen.

Die Änderung 11a MH Kölner Str. / Erzweg hat zum Ziel, die "Lücke" im RFNP zu schließen. Dazu werden die Vorgaben aus der Begründung der Ausklammerung aufgegriffen.

Die eingeleitete Änderung 11 MH wurde am Nordrand durch eine etwa 0,8 ha große, nicht von der Genehmigung ausgeklammerte und als Grünfläche dargestellte Fläche ergänzt. Unter Würdigung einer Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände wird die ursprüngliche Änderung 11 MH nun aufgeteilt in die Änderungen 11a MH und 11b MH; letztere bezieht sich lediglich auf die 0,8 ha große, ehemalige Ergänzungsfläche. Diese Änderung 11b MH wird zu einem späteren Zeitpunkt fortgeführt.

3 Verfahrensablauf

3.1 Verfahren

Der Erarbeitungsbeschluss für die vorgelegten Änderungsverfahren des RFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 15.11. und dem 16.12.2010 gefasst. Im Rahmen des Scopings wurde zuvor den Fachbehörden die Gelegenheit gegeben, sich zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit fand vom 17.01.2011 bis 17.02.2011 statt. Die öffentliche Auslegung wurde im Sommer 2011 (12.07 bis 21.07.2011) durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmliche Beteiligung fanden vom 07.09. bis zum 07.10.2011 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) werden die RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung werden die Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung (Staatskanzlei NRW) eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

3.2 Benehmen/Einvernehmen des RVR

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR wird daher mittelfristig einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet erarbeiten, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR bzw. bis zum 31.12.2015. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei bis zum verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr das Benehmen danach das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde das Benehmen mit dem RVR hergestellt; die Hinweise des RVR beziehen sich auf den nördlichen Teil der ursprünglichen Änderung 11 MH und werden im gesonderten Verfahren 11b MH gewürdigt. Im Rahmen der förmlichen Beteiligung hat das Referat Regionalplanung des RVR keine Stellungnahme abgegeben. Aus diesem Grund lagen der Planungsgemeinschaft keine Inhalte vor, für die im Rahmen der regionalplanerisch vorgesehenen Erörterung ein Meinungsausgleich erarbeitet werden konnte.

3.3 Umgang mit den Stellungnahmen

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Modifizierung der Planung der neu abgegrenzten Änderung 11a MH geführt haben. Die Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände hat jedoch dazu geführt, die ursprüngliche Änderung 11 MH in 11a MH und 11b MH aufzuteilen (siehe Kapitel 5.1 der Begründung des RFNP).

Auch im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind keine Anregungen vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt hätten. Im Wesentlichen haben die Träger öffentlicher Belange ihre Anregungen aus der frühzeitigen Betei-

ligung wiederholt. Von Seiten der Bürger ist in der förmlichen Beteiligung eine Anregung vorgetragen worden. Der BUND Kreisgruppe Mülheim nimmt Bezug auf ein Gutachten zum Vorkommen von schwermetalltoleranten Pflanzenarten. Diese Pflanzengesellschaften befinden sich aber im Wesentlichen im Bereich der RFNP-Änderung 11b MH. Deswegen wurde diese Stellungnahme nur insoweit gewürdigt, als sie sich auf den Änderungsbereich 11a MH bezieht (siehe Abwägungssynopse). Aufgrund von Stellungnahmen der beteiligten öffentlichen Stellen und Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung redaktionell fortentwickelt.

Das schriftliche Erörterungsverfahren wurde mit folgenden Trägern durchgeführt:

- Handwerkskammer Düsseldorf
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Landesbetrieb Straßenbau NRW – Regionalniederlassung Ruhr
- Landesbüro der Naturschutzverbände NRW
- Regionalverband Ruhr Referat 11 - Landschaftsentwicklung und Umwelt

Der Meinungsausgleich wurde erzielt.

4 Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und der Planungsalternativen

4.1 Umweltbelange

Die Umweltprüfung wird zur Abschätzung der Umweltfolgen des RFNP-Änderungsverfahrens durchgeführt. Im Rahmen der Umweltprüfung sind insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, die die Durchführung der Planung auf die Umwelt hat, zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Unter Einbeziehung der zuständigen Fachdienststellen sowie der beteiligten Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit wurde von der Planungsgemeinschaft der Umweltbericht erarbeitet. Dieser ist Bestandteil der Begründung zum RFNP und lag allen abwägenden Entscheidungen zugrunde. Er enthält insbesondere Aussagen zu

- den Prüfmethoden und Bewertungskriterien,
- der Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes,
- der voraussichtlichen Umweltentwicklung bei Nichtdurchführung des Planes,
- den voraussichtlichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter (Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft, Boden, Wasser, Luft, Klima, Mensch, Gesundheit, Bevölkerung, Kultur- und Sachgüter),
- den Verringerungs-, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen.

Positiv wirkt sich die Rückführung der Planung im Bereich der Flächen für die Landwirtschaft aus. Die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft werden aufgrund möglicher Vorkommen von planungsrelevanten Arten und dem Verlust von Waldflächen als erheblich eingestuft. Da für die weiteren Schutzgüter keine erheblichen Auswirkungen erwartet werden, werden die Auswirkungen zusammenfassend als nicht erheblich eingestuft.

4.2 Alternativenprüfung

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben wurden die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten im Umweltbericht dargelegt. Dabei beschränkt sich die Auswahl auf sinnvolle und gangbare Alternativen, die sich unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer, sozialer und technischer Aspekte sowie unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und des Gebotes der Vernunft anbieten.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen im Genehmigungserlass des RFNP, der heutigen Nutzungsstrukturen und Standortplanungen sind alternative Entwicklungsmöglichkeiten nicht erkennbar.

5 Monitoring

Zur Überwachung von erheblichen Auswirkungen der Durchführung des RFNP auf die Umwelt und deren gesamträumliche Erfassung wird auf Kap. 11 Monitoring des Umweltberichtes des RFNP i.d.F. der Bekanntmachung verwiesen. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden.

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene	
Von der Genehmigung ausgenommen (Ausklammerung)		9,4	Gewerbliche Baufläche	Allg. Siedlungsbereich (ASB)	9,4
Von der Genehmigung ausgenommen (Ausklammerung)		15,3	Fläche für die Landwirtschaft	Allg. Freiraum- und Agrarbereich	15,3
				Regionale Grünzüge [<i>überlagernde Darstellung</i>]	[12,6]
				Bereiche zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung - BSLE [<i>überlagernde Darstellung</i>]	[12,6]
Summe		24,7	Summe		24,7

Hinweis: Die neue Darstellung von Fläche für die Landwirtschaft soll am Standort der RWE-Schaltanlage vom Symbol "Elektrizitätsversorgung" überlagert werden.

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden im Rahmen des Monitorings 2013 fortgeschrieben